

  Mittwoch, 09.10.2019 - 02:15  3 min

## Stiller Protest der Bauern mit grünen Kreuzen

Der Regionalbauernverband Starkenburg macht auf drohende Produktionseinschränkungen aufmerksam. Die Bundeskanzlerin soll jetzt helfen.



Von Detlef Volk

Lokalredakteur Groß-Gerau Echo, Ried

Echo



Mit grünen Kreuzen macht der Regionalbauernverband Starkenburg, hier der Vorsitzende Willi Billau und seine Stellvertreter Wolfgang Dörr und Norbert Zöller (von links) sowie Nina Buchholz-Flor von der Geschäftsstelle, auf Probleme aufmerksam.  
(Foto: Vollformat/Dziemballa)

TREBUR - Mit grünen Kreuzen auf ihren Feldern wollen die Landwirte bundesweit und auch im Landkreis Groß-Gerau auf ihre Situation aufmerksam machen. Es ist ein stiller Protest, doch die Existenzangst und emotionale Betroffenheit ist bei den Landwirten deutlich zu spüren. Verständlich, geht es doch um die Zukunft der Familienbetriebe, wie der stellvertretende Vorsitzende des Regionalbauernverbandes (RBV) Starkenburg, Wolfgang Dörr, schildert.

Es sei einerseits der Umgang mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der immer schlechter werde. So sei die neue Düngeverordnung, die ab 2021 in Kraft treten soll, ausgearbeitet worden, ohne die Landwirte einzubinden. „Wir wurden mit der Sache konfrontiert, waren nicht dabei“, sagt RBV-Vorsitzender Willi Billau.

Zum Anfang September vom Kabinett beschlossenen Agrarpaket gehören, neben dem verminderten Düngereinsatz, auch der vollständige Verzicht von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten. Damit sind alle Schutzgebiete gemeint, egal ob FFH-Gebiet, Vogel- oder Naturschutzgebiet, zählt Dörr einige Beispiele auf. Bundesweit würden damit zwei Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche aus dem Anbau herausfallen. „Das ist quasi eine Enteignung“, so Billau.

## OFFENER BRIEF

---

› In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel bittet Willi Billau darum, das Agrarpaket zurückzuziehen und zusammen mit den Bauernverbänden zu überarbeiten. Die Landwirte setzen auf verschiedene Maßnahmen, um den Boden zu schonen. (dev)

---

Zwar könnten diese Flächen weiter genutzt werden, erklärt Billau. Doch selbst Biolandwirte müssten ihre Pflanzen behandeln, um sie verkaufsfähig zu produzieren. Und dies sei auf diesen Flächen nicht mehr möglich.

Die zahlreichen Verbote führten dazu, dass die Erträge sinken, befürchten die Landwirte. Der Druck auf die verbliebenen Flächen könne zu höherer Pacht führen, die am Ende nur noch von wenigen Großbetrieben bezahlt werden könnten.

Dörr kritisiert bei der Düngeverordnung, dass keine wirkliche Ursachenforschung betrieben werde. Die Landwirte seien durch die Benutzung von Dünger als die

alleinigen Schuldigen festgestellt worden. Die Anlage von 1000 Kilometer Blühstreifen sei dabei gar nicht beachtet worden. Dabei reiche ein hoher Nitratwert in einem Messbrunnen bereits aus, dass in einer ganzen Region 20 Prozent weniger Dünger verwendet werden dürfen. Zur Ermittlung des benötigten Düngers werde schon jetzt jedes Jahr der Boden untersucht, um die für den Anbau benötigte Menge Mineralstoffe zu ermitteln. Nur was der Pflanze fehle, also nicht im Boden bereits vorhanden sei, werde zugeführt. Davon müsse dann in Zukunft 20 Prozent abgezogen werden, erklärt Dörr.

Gefährdet seien vor allem die Landwirte, die ihre Produkte als Selbstvermarkter verkaufen, so Dörr. Wer für große Lebensmitteldiscounter produziere, könne die Einschränkung durch Flächenzuwachs teilweise ausgleichen.

Doch der Run auf landwirtschaftliche Flächen halte an, erklärt Billau. In Deutschland würden jeden Tag 70 Hektar Fläche versiegelt. In Hessen seien es rund sieben Hektar, in der Region Starkenburg 2,5 Hektar pro Tag.

Langfristig überleben könnten die Familienbetriebe nur mit Unterstützung. Dörr bringt den Begriff „Vertragsnaturschutz“ ins Spiel. In Baden-Württemberg zahlten etwa die Wasserwerke einen Ausgleich an die Landwirte, wenn diese die Menge von Pflanzenschutzmitteln und Dünger in belasteten Gebieten reduzierten, nennt Billau ein Beispiel.

Neben der Aktion mit den grünen Kreuzen, die auf das Höfe-Sterben hinweisen sollen, schreibt der RBV jetzt direkt an die Bundeskanzlerin und bittet um Unterstützung.

## NEWSLETTER



### Der Morgen-Newsletter: Schon beim ersten Kaffee alles Wichtige erfahren!

- ✓ kostenlos
- ✓ jederzeit abbestellbar
- ✓ 1x täglich Nachrichten

Ihre E-Mail-Adresse \*

ANMELDEN >

Datenschutz & Widerruf >

## Kommentare